

„One World, Different Dreams“: Chinas Aufstieg und die Olympischen Spiele in Beijing

Heike Holbig, Günter Schucher, Margot Schüller

Am 8. August 2008 beginnen in Beijing die 29. Olympischen Spiele der Neuzeit unter dem Motto „One World, One Dream“.

Analyse:

Mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele hat die chinesische Führung große Erwartungen verknüpft. Man will sich als aufsteigende Wirtschaftsmacht und verantwortlicher *global player* präsentieren, auf das im Zuge der Reformen seit 1978 erreichte Lebensniveau verweisen, neue politische Schwerpunktsetzungen demonstrieren und nicht zuletzt durch einen reibungslosen, perfekten Ablauf die eigene Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Diesem Ziel standen von Beginn an die Erwartungen „des Westens“ gegenüber, dass die Olympischen Spiele den Anlass zu politischen Liberalisierungsmaßnahmen und sozialem Ausgleich geben.

- Die westlichen Hoffnungen auf politische Liberalisierung haben sich nicht erfüllt. Sie waren allerdings auch wenig realistisch, da sich China nicht nur in Größe und Beeinflussbarkeit von dem häufig zitierten „Vorbild“ Südkorea/Seoul 1988 unterscheidet, sondern sich auch nicht in einem laufenden Prozess der Demokratisierung befindet, in dem die Spiele als Katalysator hätten wirken können.
- Die nach innen gerichteten Erwartungen der chinesischen Parteiführung haben sich bislang weitgehend verwirklicht. Die Parteiherrschaft dürfte aus den Spielen gestärkt hervorgehen, da diese dazu beitragen, den Status der Kommunistischen Partei als Garantin wirtschaftlicher Modernisierung, gesellschaftlicher „Harmonie“ und nationaler Selbstbestimmung zu legitimieren.
- Nicht genutzt wurden die Spiele, um dem Trend der sozialen Segregation und Polarisierung entgegenzuwirken. Zwar haben sich die ohnehin häufig katastrophalen Wohn- und Arbeitsbedingungen der Wanderarbeiter in Beijing nicht unbedingt verschlechtert, aber auch nicht verbessert. Die Ausweitung regionaler und Stadt-Land-Disparitäten wurde ebenfalls nicht aufgehalten.
- Die Spiele dürften damit kurzfristig in sozialer Hinsicht keine signifikanten Veränderungen bewirken und in politischer Hinsicht eher zu einer Konsolidierung der Parteiherrschaft beitragen.

Schlagwörter: China, Olympia, Liberalisierung, Ungleichheit, wirtschaftliche Entwicklung

1. Einleitung

Am 13. Juli 2001 stand (fast) ganz China kopf. Auf dem Tiananmen-Platz versammelten sich so viele Menschen wie seit den Demonstrationen im Mai und Juni 1989 nicht wieder. Sie feierten mit Landsleuten in China und Übersee die Vergabe der 29. Olympischen Spiele der Neuzeit im Jahr 2008 an die Stadt Beijing. Fast sieben Jahre später, am 13. April 2008, demonstrierten wieder Chinesen, diesmal allerdings forderten sie den Boykott des französischen Handelsunternehmens Carrefour, dem vorgeworfen wurde, den Dalai Lama zu unterstützen und damit das Olympialand China herabzuwürdigen. Eine Online-Umfrage ergab, dass der französische Präsident Sarkozy in den Augen von 88 % der rund 100.000 daran Beteiligten bei der Eröffnungsfeier nicht erwünscht ist (China Daily, 3.7.2008).

Zwischen beiden Daten liegen nicht nur sieben Jahre Vorbereitung auf die Spiele sowie Aus- und Aufbau von Sportstätten, sondern auch Jahre des weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs Chinas, der es zu einem ernsthaften Konkurrenten für die „alten“ Wirtschaftsmächte gemacht hat, Jahre des Hoffens auf politische und soziale Veränderungen sowie Jahre des Ringens um das Bild Chinas in der internationalen Öffentlichkeit.

Vieles wurde bereits über die Spiele geschrieben.¹ Der vorliegende Beitrag befasst sich daher konzentriert nur mit zwei Aspekten, die den Kern vieler Hoffnungen innerhalb und außerhalb Chinas bildeten und auch von den chinesischen Vertretern bei der Bewerbung angekündigt wurden: Haben sich die Hoffnungen auf eine Liberalisierung des politischen Systems erfüllt? Hat sich die Lebensqualität für die Beijinger verbessert?

2. Liberalisierung oder Stärkung der Parteiherrschaft?

Seit dem Zuschlag für die Austragung der Olympischen Spiele in Beijing steht – genährt durch entsprechende Aussagen bei der Beijinger Bewerbung in Moskau (siehe Übersicht 1) – die These im Raum, dass die Spiele zu einer politischen Liberalisierung in China beitragen könnten. So versicherte der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees

(IOK), Jacques Rogge, etwa: „The Games will open up China“ („Die Spiele werden China öffnen“). In der *Times* vom 10.2.2003 z. B. waren die hoffnungsvollen Zeilen zu lesen: „Die Ehre der Austragung der Spiele in Beijing [...] macht China zu einem Mitglied der internationalen Familie. Sie werden das kommunistische Regime dazu bringen, die Bürgerrechte zu achten.“ Diese Äußerungen stehen stellvertretend für die weit verbreitete Ansicht, dass die gesteigerte internationale Aufmerksamkeit vor und während der Spiele den Druck auf China erhöhen werde, die Pressefreiheit zu stärken, die Menschenrechtssituation zu verbessern – und womöglich sogar demokratische Reformen des autoritären politischen Systems einzuleiten. Als Vorbild für solche Demokratisierungshoffnungen wurde regelmäßig auf das Beispiel der Olympischen Spiele 1988 im südkoreanischen Seoul verwiesen. Die Spiele wurden hier in einen direkten Zusammenhang mit dem Wandel von einem autoritären Militärregime zu einer Demokratie westlichen Zuschnitts gebracht (Black/Bezanson 2004).

Gemessen an diesen vor allem im Westen geäußerten Erwartungen ist heute – kurz vor Beginn der Spiele – zu konstatieren, dass sie sich kaum oder nur sehr bedingt erfüllt haben.

- Offiziell wurde ausländischen Journalisten für den Zeitraum zwischen Januar 2007 und Oktober 2008 zugesagt, dass sie ohne gesonderte Genehmigung staatlicher Behörden Interviews mit chinesischen Gesprächspartnern durchführen könnten. Trotz allgemein verbesserter Arbeitsbedingungen berichten ausländische Korrespondenten allerdings immer wieder von Beschränkungen durch lokale Kader, welche die Lockerungsbestimmungen entweder nicht kennen oder nicht umsetzen wollen. Die Ausweisung westlicher Journalisten aus Lhasa im März dieses Jahres, die mit Sicherheitsrisiken begründet wurde, spricht ebenfalls eine andere Sprache. Auch ist zu sehen, dass die Lockerungen für ausländische, nicht aber für chinesische Journalisten gelten, für die sich angesichts anhaltender Medien- und Internetkontrolle nicht viel verändert hat.
- Internationale Menschenrechtsorganisationen, wie *amnesty international* oder *Human Rights Watch*, berichten zwar von Fortschritten im Umgang mit der Todesstrafe, die inzwischen weniger willkürlich angewendet wird, vermelden ansonsten aber kaum Verbesserungen, zurzeit – vor Olympia – sogar teilweise Rückschritte.

¹ Siehe z. B. die neueste Ausgabe von China aktuell – Journal of Current Chinese Affairs (Nr. 2/2008) mit zahlreichen Beiträgen zu den Olympischen Spielen.

Übersicht 1: Aus Beijings Präsentation in Moskau, Juli 2001

„Olympische Spiele in Beijing werden nicht nur den Interessen des chinesischen Volkes dienen, sondern auch den olympischen Geist fördern und zu Frieden und Freundschaft, Stabilität und Entwicklung in der Welt beitragen.“

(Li Lanqing, stellvertretender Ministerpräsident)

„Sie [die Spiele] werden dabei helfen, unseren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern und sie werden der weiteren Entwicklung unserer Menschenrechtsangelegenheiten nützen.“

(Liu Qi, Bürgermeister von Beijing)

„Die heutige Botschaft könnte den Beginn einer neuen Ära globaler Einheit anzeigen.“

(He Zhenliang, Ehrenvorsitzender des chinesischen Olympischen Komitees)

Quelle: BOCOG, http://61.135.189.87/new_olympic/eolympic/presentation.htm.

Stichworte sind hier etwa Repressalien gegen Aktivisten, Petitionäre und andere Personengruppen, deren Anwesenheit in Beijing im Vorfeld der Olympischen Spiele nicht erwünscht ist (ai 2008). Auf Anweisung der Zentralregierung von Ende Juni sollen vor und während der Spiele keine Petitionäre mehr in die Provinzhauptstädte oder nach Beijing gelassen und größere Protestaktionen (sog. „Massenvorfälle“) sofort unterbunden werden (FTD, 2.7.2008).

- Anzeichen einer substanziellen Demokratisierung des politischen Systems im westlichen liberaldemokratischen Sinne sind nicht zu erkennen. Zwar laufen unter chinesischen Intellektuellen intensive Debatten über idealisierte Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; laut Yu Keping, einem bekannten, wenngleich nicht unumstrittenen chinesischen Parteitheoretiker, ist „Demokratie eine gute Sache“. Auch chinesische Politiker und Parteidokumente gebrauchen den Begriff Demokratie zum Teil fast schon inflationär, allerdings in der eigenen Lesart einer „Demokratie chinesischer Prägung“. Institutionelle Reformschritte, die in den vergangenen Jahren tatsächlich umgesetzt oder beschlossen wurden, sind etwa die Stärkung von Entscheidungstransparenz und politischer Verantwortlichkeit innerhalb der Partei, die Ausweitung von Konkurrenzahlen an der ländlichen und städtischen Basis oder die Verschlankung der Ministerialbürokratie. Bei näherer Betrachtung zielen diese Reformen im Kern nicht auf eine Liberalisierung des Systems, sondern auf eine größere Effizienz und Legitimität der autoritären parteistaatlichen Strukturen. Einem Mehrparteiensystem mit Konkurrenzahlen, einer

Gewaltenteilung mit institutionalisierten *checks and balances* oder einer unabhängigen Justiz wird hingegen eine kategorische Absage erteilt (siehe GIGA Focus Asien 12/2007).

Die westlichen Hoffnungen auf eine politische Liberalisierung Chinas im Zuge der Olympischen Spiele sind damit bislang kaum erfüllt worden. Es war allerdings auch wenig realistisch anzunehmen, Olympia werde eine nachhaltige Verbesserung der chinesischen Menschenrechtssituation mit sich bringen. Auch die Entscheidung des IOK für Beijing dürfte in erster Linie pragmatischen Kriterien geschuldet gewesen sein – nämlich der Anerkennung einer wachsenden asiatischen Wirtschaftsmacht, die z. B. eine zehnmal höhere Investitionssumme in Aussicht gestellt hatte als das konkurrierende Paris. Acht Jahre zuvor war die Olympia-Bewerbung Beijings vom IOK abgelehnt worden, damals als Ausdruck westlicher *containment*-Politik nach den Tiananmen-Ereignissen 1989. Bei der neuerlichen Bewerbung Chinas stand die positive Entscheidung für Beijing dagegen ganz im Zeichen einer *engagement*-Politik zur Einbindung der aufsteigenden Wirtschaftsmacht. Abgesehen von diesen realpolitischen Erwägungen handelt es sich bei der Kopplung der Spiele an die Menschenrechtsfrage bei genauem Hinsehen um eine Überschätzung der symbolischen Hebelkraft der olympischen Prinzipien. Die Olympische Charta enthält zwar Formulierungen wie den „Schutz der menschlichen Würde“ oder den „Respekt vor universalen grundlegenden ethischen Prinzipien“, doch sind diese sehr weit deutbar.

Was die Hoffnung auf eine Demokratisierung des autoritären politischen Systems nach dem Vor-

bild der Olympischen Spiele 1988 in Seoul angeht, so hinkt dieser Vergleich. Abgesehen davon, dass die Spiele 1988 keineswegs der Auslöser, sondern bestenfalls der Katalysator in einem laufenden Prozess der Demokratisierung eines delegitimierten Militärregimes waren, war Südkorea als „kleines Land“ durchaus anfällig für Druck von außen, vor allem aus den USA. Im Vergleich dazu ist die Hebelwirkung externen Druckes auf die Volksrepublik heute als erheblich geringer einzuschätzen. China geriert sich volkswirtschaftlich wie politisch als „großes Land“, das Weltmarktpreise ebenso wie internationale Normen nicht nur hinnimmt, sondern zunehmend selbst setzt. Damit ist generell auch die Logik zu hinterfragen, wonach die Olympischen Spiele in Beijing die Gelegenheit für effektiveren internationalen Druck bieten. Wie die Ereignisse der vergangenen drei Monate gezeigt haben, waren durch diese Logik externer Druckausübung Konflikte auf internationaler Ebene programmiert, wobei der äußere Druck zuletzt immer öfter das Gegenteil dessen erreichte, was er bewirken sollte.

Wie steht es nun um die politischen Hoffnungen, welche die chinesische Führung in die Spiele gesetzt hat? Die politische Agenda Chinas bei der Olympia-Bewerbung konzentrierte sich im Wesentlichen auf zwei Ziele, die eng miteinander zusammenhängen: Zum einen geht es nach außen darum, das internationale Image der Volksrepublik zu verbessern und China als einer prosperierenden, effizienten und weltoffenen Wirtschaftsmacht die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft zu verschaffen. Zum anderen – und dieses Ziel muss als ebenso wichtig gelten – geht es nach innen darum, die Legitimität der Parteiherrschaft zu stärken. Bereits unter Parteichef Jiang Zemin galt die Legitimität der KPCh keineswegs als gesichert, und unter seinem Nachfolger Hu Jintao wurden erheblich mehr Anstrengungen unternommen, um die Parteiherrschaft auf eine neue Legitimationsbasis zu stellen. In der Olympia-Programmatik, wie sie seit 2001 von China ausformuliert wurde, finden sich zahlreiche Elemente der parteipolitischen Legitimationsoffensive wieder.

Der „Olympische Aktionsplan“ nimmt nicht nur die dezidierte Volksnähe der neuen Parteiführung auf, sondern auch das Versprechen technologischen Fortschritts und das Konzept einer ökologisch verträglichen, nachhaltigen Entwicklung Chinas. In dem olympischen Slogan „One World, One Dream“, den Beijing 2005 vorstellte, wird die parteipolitische Agenda besonders augenfällig:

Nach offizieller Lesart reflektiert dieser Slogan „universale Werte des olympischen Geistes, [nämlich] Einheit, Freundschaft, Fortschritt, Harmonie, Partizipation und Traum“, er „bringt den festen Glauben einer großen Nation mit einer langen Geschichte von fünftausend Jahren zum Ausdruck, einer Nation, die sich auf dem Weg zur Modernisierung befindet und die sich einer friedlichen Entwicklung, gesellschaftlicher Harmonie und dem Glück des Volkes verpflichtet hat. Und er symbolisiert die Hoffnungen von 1,3 Milliarden Chinesen, zum Aufbau einer friedlichen und strahlenden Welt beizutragen“ (<http://en.beijing2008.cn>).

Wie dieses Zitat nahe legt, steht die olympische Programmatik damit voll im Einklang mit einer politischen, die der KPCh eine unverzichtbare Führungsrolle bei der Modernisierung des Landes und der Harmonisierung gesellschaftlicher Widersprüche zuweist. Die Betonung traditioneller chinesischer Kultur, wie sie auch in den olympischen Symbolen zum Ausdruck kommt, die Forderung nach nationaler Einheit und Selbstbestimmung, aber auch die Forderung nach Teilhabe am globalen Fortschritt – all diese Elemente weisen darauf hin, dass die Partei neben dem politischen Führungsmonopol ebenso das Monopol der Vertretung nationaler Interessen und des Entwurfs gesellschaftlicher Zukunftsvisionen beansprucht.

Soweit abzusehen ist, haben sich zumindest die nach innen gerichteten Erwartungen der chinesischen Parteiführung bislang weitgehend verwirklicht. Die jüngste Tibetkrise und die anschließende Erdbebenkatastrophe haben dazu nicht unwesentlich beigetragen. Die Spiele dienen – wie die nationalistischen Aufwallungen im In- und Ausland zeigen – dabei durchaus als Katalysator im Prozess des *nation-building*. Die Parteiherrschaft dürfte aus den Spielen gestärkt hervorgehen, da diese dazu beitragen, den Status der Kommunistischen Partei als Garantin wirtschaftlicher Modernisierung, gesellschaftlicher „Harmonie“ und nationaler Selbstbestimmung zu legitimieren.

3. Sozialer Fortschritt oder weitere Polarisierung?

Die Spiele sollen auch den Status einer Regierung legitimieren, welche die Kapazität hat, „exzellente Olympische Spiele zu organisieren, die China und dem Sport ein einmaliges Erbe hinterlassen“ (He Zhenliang). Das Motto, unter dem sich die Stadt

2001 beworben hatte, lautete entsprechend „New Beijing, Great Olympics“. Nach außen soll – im globalen Wettbewerb der Städte (um Image, Investitionen, Touristen) – Leistungsfähigkeit und Effizienz demonstriert werden. Die olympischen Bauten haben hier vor allem ikonographische Bedeutung. Mit rund 50 Mrd. US\$ sind die Spiele die teuersten aller Zeiten, und Beijing signalisiert stellvertretend für ganz China: Die Zeit des *catching up* ist vorbei, es wird nicht mehr kopiert, sondern genuin Neues geschaffen (wenn auch von westlichen Architekten).

Nach innen soll nicht nur die seit Jahrzehnten betriebene Entwicklung Beijings zum legitimen Verwaltungs- und Geschäftszentrum Chinas einen städtebaulichen und infrastrukturellen Schub (neue S-Bahnen, Straßenbau, neuer weltgrößter Flughafen) erhalten, die Partei- und Staatsführung will ebenso ihre neuen Schwerpunkte in der Politik demonstrieren: beim Umweltschutz, speziell bei der Luftreinhaltung, bei der Förderung von Technologie und Innovation sowie nicht zuletzt beim Bemühen um sozialen Ausgleich. Die im Aktionsplan formulierten Leitworte lauten entsprechend: *Green Olympics, High-tech Olympics* und *People's Olympics*. Dabei hat der nach der erfolgreichen Bewerbung angetretene Partei- und Regierungschef Hu Jintao die Pläne seines Vorgängers neu bewerten lassen und Ausgabenkürzungen veranlasst sowie – auch in der Rhetorik – die „Volksspiele“ stärker in den Vordergrund gerückt.

Die Beijinger Bevölkerung hat von dieser „Signalpolitik“ sowohl Vor- als auch Nachteile. Einerseits haben sich Wohn- und Verkehrsbedingungen verbessert. Die Umweltziele wurden zwar nicht erreicht, aber die CO₂- und SO₂-Werte z. B. sind trotz täglich über 1.000 neuer Autos in Beijing nicht noch schlechter geworden. Andererseits sind Mieten und Immobilienpreise gestiegen, entlang der neuen U-Bahn-Linie 5 z. B. um durchschnittlich 17,8 % pro Jahr. Diese Entwicklung hatte jedoch bereits vorher begonnen und wäre – so die allgemeine Meinung – auch ohne die Olympischen Spiele eingetreten, die den Bauboom und die Stadtentwicklung nur beschleunigt haben.

Vielfach wird von internationalen humanitären Organisationen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die ländlichen Wanderarbeiter kritisiert, die in großer Zahl auf den olympischen Baustätten arbeiten. Dies lässt sich allerdings nicht belegen. Unbestritten ist aber, dass sich die Bedingungen für diese Gruppe von Arbeitskräften auch nicht verbessert haben. Durch ihren massiven Ein-

satz wurde die strukturelle Diskriminierung der Wanderarbeiter umso deutlicher. Beijing hatte 2004 14,9 Millionen Einwohner, davon waren 3,3 Millionen oder 22 % Migranten, die sich ein halbes Jahr und länger in der Stadt aufhielten. Und der Anteil der Migranten nimmt weiter zu (Dai 2006). Wie viele es zurzeit sind, ist nicht bekannt, geschätzt werden ein bis zwei Millionen (Wall Street Journal, 11.3.2008). Insgesamt sollen bisher rund 3,6 Millionen neue Arbeitsplätze in olympiabezogenen Projekten entstanden sein, von denen auch positive Rückwirkungen auf Herkunftsgebiete der Wanderarbeiter erwartet werden, u. a. durch Rücküberweisungen der Einkünfte. Dass die Wanderarbeiter sich die Spiele nicht ansehen werden, liegt in der Natur ihrer Tätigkeiten. Wenn diese beginnen, werden sie bereits zu neuen Baustätten weiter gezogen sein.

Ein anderer Kritikpunkt sind die Umsiedlungen, die für den Infrastrukturausbau und die neuen Bauwerke vorgenommen wurden. Allein für den neuen Terminal 3 des Flughafens, den größten der Welt, sollen 15 Dörfer mit über 10.000 Einwohnern verlegt worden sein. Insgesamt geht die Schweizer Organisation *Centre on Housing Rights and Evictions* (COHRE) von 500.000 Haushalten mit 1,5 Millionen Menschen aus, die umgesiedelt wurden. Auch hier gibt es kaum unmittelbaren Zusammenhang mit den Spielen, da Umsiedlung beim Ausbau von Städten als „normale“ Begleiterscheinung zu betrachten ist. Wie viele Menschen zwangsweise umgesiedelt wurden, ist unklar. Das COHRE schätzt aber, dass rund 33.000 Personen durch die Maßnahmen und unzureichende Entschädigung in die Armut gedrängt wurden, und weist weiterhin darauf hin, dass die Wanderarbeiter von der Zählung nicht erfasst sind, von denen viele durch „Stadtverschönerung“ und Beseitigung „illegaler und zeitweiliger Bauten“ ihre Bleibe verloren.

Durch die Stadtentwicklungsmaßnahmen wurde ein ohnehin im Gange befindlicher Prozess der räumlichen und funktionellen Reform der Stadt gefördert, der seit langem die sozioräumliche Polarisierung vorantreibt. Zum einen werden mit öffentlichen Mitteln exklusive Räume geschaffen (wie die Sportstätten), die später z. B. Clubs zur Luxusnutzung dienen. Letztlich handelt es sich dabei um eine staatliche Subventionierung des Privatsektors. Nach den Spielen soll das olympische Dorf kommerzialisiertes Wohngebiet werden und das *Olympic Green* (mit 14 von 32 Sportstätten) soll den Nukleus eines neuen Stadtgebiets im nördlichen Vorortgürtel bilden.

Zum anderen verstärken die Infrastrukturmaßnahmen den Trend zur Trennung von Arbeiten und Wohnen, der mit der Auflösung der ehemals staatlichen Arbeitseinheiten und der Verlagerung von Industriebetrieben in die Vororte begonnen hat, sowie den Begleitprozess der sozialen Segregation in Beijing im Zuge dieser „Vervorortung“ (*suburbanization*). Während sich der neue Mittelstand vor allem im Nordosten und Nordwesten der Stadt angesiedelt hat, wo sich auch die zentralen Sportstätten, das *Olympic Green*, befindet, haben die Migranten vornehmlich im Osten, Süden und Westen der Stadt Unterkunft gefunden. Von hier aus werden sie im Zuge der Ausdehnung der Stadt weiter nach draußen gedrängt.

Dass die Olympischen Spiele auf das Wirtschaftswachstum der Stadt Beijing einen positiven Effekt haben werden, davon gehen verschiedene chinesische Studien aus. Erwartet wird eine Zunahme der Wachstumsrate für Beijing nach Beendigung der Spiele (ohne genaue Zeitangabe) um 2 bis 7 %; für China insgesamt wird mit einem jährlichen zusätzlichen Wachstum von 0,09 bis 0,7 % gerechnet (Schüller 2008).

Da die Metropolregion Beijing bereits zu den wirtschaftlich starken Regionen zählt, wird die Konzentration der Investitionen auf Beijing die ohnehin bestehenden regionalen Disparitäten nicht – wie in nationalen Wirtschaftsplänen vorgesehen – verringern, sondern eher verstärken. Die Einkommensdisparitäten vergrößerten sich in den letzten Jahren bereits sehr schnell. Dies zeigt der Gini-Koeffizient als Indikator für die ungleiche Einkommensverteilung, bei dem bei „0“ von einer vollkommenen Gleichverteilung der Einkommen, bei „1“ von völliger Ungleichheit ausgegangen wird. Im Jahr 1981 betrug der Gini-Koeffizient für China insgesamt 0,3, für 2006 geht die Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften von 0,496 aus (Ru et al. 2006: 8). Nach Ansicht der *Asian Development Bank* (ADB) ist eine gewisse Verschlechterung der Einkommensverteilung beim Übergang von einer sehr agrarisch geprägten und planwirtschaftlich gelenkten Wirtschaft hin zu einer stärkeren urbanen und industrieorientierten Marktwirtschaft in China unvermeidbar, doch wird das Tempo bei der Ausweitung der Einkommensunterschiede als beunruhigend angesehen (s. Schüller 2008).

Die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind am ausgeprägtesten und haben sich in den letzten Jahren ebenfalls weiter erhöht. Während im Jahr 1978 das Verhältnis zwischen

städtischen und ländlichen Einkommen bei 2,6:1 lag, stieg diese Relation bis zum Jahr 2005 auf 3,2:1 (ADB). Die Einkommensunterschiede werden nochmals durch den mangelnden Zugang zu öffentlichen Gütern vergrößert, insbesondere durch die fehlende Einbindung der ländlichen Bevölkerung in soziale Sicherungsnetze (Schüller 2008).

Vor dem Hintergrund der enormen regionalen Disparitäten und der Stadt-Land-Einkommensunterschiede erscheint die Konzentration von Investitionen für die Olympischen Spiele auf Beijing in einem anderen Licht. Um die landesweiten Lebensverhältnisse tatsächlich in größerem Maße anzugleichen, müssten wirkungsvollere Maßnahmen und höhere Transferzahlungen erfolgen, als dies im Rahmen Olympischer Spiele möglich ist. Soll das Umsteuern auf eine eher binnenorientierte Entwicklung wahrgemacht werden, dann müssten die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum in den ländlichen Gebieten verbessert werden. Neben dem Ausbau der Transportinfrastruktur wären dies vor allem die verbesserte Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung und Gesundheit.

Die Diskussion, ob sich auch in „benachteiligten“ Regionen positive Wirkungen durch eine dezentrale Verteilung der Sportstätten und damit verbundene Investitionen in die Infrastruktur hätten zeigen können, erscheint wenig sinnvoll. So hätten diese Regionen aufgrund des enormen Anforderungsniveaus, das für die Austragung dieses Megasportereignisses inzwischen erwartet wird, ungleich höhere Mittel aufwenden müssen als die Stadt Beijing; außerdem wäre es fraglich gewesen, ob eine andere Stadt den Zuschlag im internationalen Wettbewerb bekommen hätte. Die Frage nach den Opportunitätskosten der Investitionen für Beijing ist ebenfalls schwer zu beantworten, da keineswegs sichergestellt wäre, dass die finanziellen Mittel stattdessen in entwicklungschwächere Provinzen geleitet worden wären.

4. Fazit

Die Kritik aus dem Ausland an Umsiedlungen zugunsten neuer Schienen- und Straßenverbindungen, an teuren Neubauten und schlechten Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitern wird von vielen Chinesen nicht akzeptiert. Die infrastrukturellen Veränderungen z. B. wären in ihren Augen auch ohne die Spiele erfolgt, nur nicht so schnell und massiv. Das bedeutet allerdings nicht, dass

die damit verbundenen Ungerechtigkeiten kritiklos hingenommen werden. Seit Jahren gibt es immer mehr Proteste wegen unzureichend entschädigter Landnahmen und Wohnungsenteignungen sowie der Verletzung von Arbeits- und Sozialrechten. Die Regierung hat darauf mit ihrem Programm „Harmonische Gesellschaft“ reagiert (siehe GIGA Focus Asien 10/2007). Die gewaltigen Investitionsmittel, die ihr zur Ausführung der Olympischen Spiele zur Verfügung standen, hat sie allerdings nicht genutzt, um im Sinne dieses Programms der sozialen Segregation und Polarisierung gegenzusteuern.

Dass die Spiele als Katalysator einer politischen Liberalisierung in China wirken, ist nicht zu erkennen. Liberalisierungseffekte wie etwa die weitere Zunahme ökonomischer und individueller Wahlfreiheiten, gesellschaftliche Pluralisierungstrends oder rechtsstaatliche Reformen können bestenfalls längerfristig erwartet werden. Hier handelt es sich jedoch weniger um Auswirkungen der Olympischen Spiele selbst, als vielmehr um allgemeine Modernisierungseffekte, die seit nunmehr fast drei Jahrzehnten in China zu beobachten sind.

Störungen der Spiele, das haben die Vorgänge rund um den Fackellauf gezeigt, dürften zumindest von Teilen der chinesischen Bevölkerung als weiterer Versuch des Westens ausgelegt werden, das Land (wie schon häufig) zu demütigen und dessen Aufstieg in den Kreis führender Mächte zu verhindern. Der dann wieder zu erwartende Ausbruch nationalistischer Gefühle wäre allerdings nicht unbedingt im Interesse der politischen Führung, deren Position bei einem Misserfolg eventuell sogar geschwächt wäre. Für sie steht also viel auf dem Spiel.

Literatur

- amnesty international (ai) (2008): People's Republic of China: The Olympics countdown – crackdown on activists threatens Olympics legacy, [http://asiapacific.amnesty.org/apro/aproweb.nsf/pages/Olympics/\\$File/ASA170502008.pdf](http://asiapacific.amnesty.org/apro/aproweb.nsf/pages/Olympics/$File/ASA170502008.pdf) (Aufruf 13.05.2008).
- Black, David R. / Bezanson, Shona (2004): The Olympic Games, human rights and democratisation: lessons from Seoul and implications for Beijing, in: *Third World Quarterly*, Vol. 25, No. 7, S. 1245-1261.
- Broudehoux, Anne-Marie (2007): Spectacular Beijing: The Conspicuous Construction of an Olympic Metropolis, in: *Journal of Urban Affairs*, Vol. 29, No. 4, S. 383-399.
- Cha, Victor D. (2008): Beijing's Olympic-Sized Catch-22, in: *The Washington Quarterly*, Summer, S. 105-123.
- Preuss, Holger (2007): Signaling Growth: China's Major Benefit from Staging the Olympics in Beijing 2008, in: *Harvard Asia Pacific Review*, Vol. 9, No. 1 (Winter), S. 41-45.
- Ru, Xin et al. (2006): 2007 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce. Shehui lanpishu [Analysis and Forecast on China's Social Development (2007)]. Blue Book of China's Society], Beijing.
- Schüller, Margot (2008): Wirtschaftliche Dimensionen der Olympischen Spiele in Beijing: Wer werden die Gewinner sein?, in: *China aktuell*, Nr. 2, S. 126-139.

■ Die Autoren

Dr. Heike Holbig, Dr. Günter Schucher und Dr. Margot Schüller sind wissenschaftliche Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien.

E-Mail: holbig@giga-hamburg.de, schucher@giga-hamburg.de, schueller@giga-hamburg.de

Websites: <http://staff.giga-hamburg.de/holbig>, <http://staff.giga-hamburg.de/schucher>, <http://staff.giga-hamburg.de/schueller>

■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme) befasst sich Heike Holbig mit Fragen der politischen Legitimität der chinesischen Parteiherrschaft. Im Forschungsschwerpunkt 3 (Transformation in der Globalisierung) forschen Margot Schüller zur chinesischen Innovationsstrategie und Günter Schucher zum sozialen Wandel in China.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Holbig, Heike (2007): Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte, *GIGA Focus Asien*, Nr. 12.

Holbig, Heike (2008): Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era, in: Heberer, Thomas/Schubert, Gunter: *Regime Legitimacy in Contemporary China: Institutional Change and Stability*, London.

Schucher, Günter (2007): Chinas Streben nach Harmonie: Wunsch und Wirklichkeit, in: *China aktuell*, Nr. 5, S. 40-69.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. *GIGA Focus Asien* wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM